

# Leipziger Tageblatt

und  
handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 38

Hauptredakteur: Dr. Evertz, Leipzig

Donnerstag, den 23. Januar

Verlag: Dr. Reinhold &amp; Co., Leipzig

1919

## Denkschrift Wilsons über den Völkerbund

### Die Organisierung des Völkerbundes

Haag, 23. Januar. (Drahlbericht.) Aus Paris wird gemeldet: Präsident Wilson hat nunmehr seine Denkschrift über den Völkerbund vollendet, die er der Friedenskonferenz vorlegen wird. Der Plan für den Völkerbund basiert auf genauem Studium der Denkschriften der Alliierten und insbesondere der französischen und britischen Ausfassung, enthält auch viel von den Gedanken des Generals Smuts und hat mehr Richtlinien für den Charakter als Ursprung auf einen persönlichen Plan des Präsidenten Wilson. Danach bilden Amerika und die assoziierten Regierungen den Kern des Völkerbundes, zu dem aber auch alle anderen freien Nationen zutritt haben sollen. Es wird ein zwangsmäßiges Schiedsgericht zur Vermeidung von Kriegen vorgeschlagen. Deutschland und Russland sollen erst dann als Mitglieder des Bundes aufgenommen werden, sobald der politische Zustand in diesen Ländern die erforderliche Stabilität erreicht hat.

### Der polnische Vormarsch zum Stillstand gekommen

Elberfeld, 23. Januar. (Eigener Drahlbericht.) Der "O.-A." meldet aus Danzig: Aus Thorn wird berichtet, daß der polnische Vormarsch an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen ist. Die Polen sind 10 Kilometer von Bromberg im Vorrücken stehen geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verstreuten und jedenfalls wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front bemerkbar.

London, 22. Januar. (Reuter.) Das Kommuniqué von Paris vom 22. Januar besagt: Der oberste Kriegsrat trat um 11 Uhr zusammen. Der Präsident der Vereinigten Staaten und die ersten Minister und Außenminister der Alliierten und assoziierten Mächte sowie die japanischen Delegierten Baron Makino und Matsui berieten über die polnische Frage, über die sie Marshall Foch zu Rate zogen. Sie beschlossen, sofort eine aus je zwei Delegierten (eines Abgeordneten und eines militärischen Delegierten) der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Britischen Reiches und Italiens bestehende Kommission nach Polen zu entsenden. Hierauf nahmen die Minister die Untersuchung der russischen Frage wieder auf. Präsident

Wilson verfasst einen Antrag, über den heute nachmittag drei Uhr verhandelt werden soll.

### Die amerikanischen Lebensmitteließerungen für Deutschland

Man schreibt uns: Nach Meldungen aus Elberfeld über die vereinbarten Lebensmitteließerungen für Deutschland sollen wir jährlich 200 000 Tonnen Brotpreise erhalten. Was diese Menge für unsere Volksernährung bedeutet, erkennt man aus einem Vergleich mit der Einfuhr von Brotpreisen im letzten Jahre vor dem Kriege. Unter Berücksichtigung unserer sehr bedeutenden Ausfuhr an Roggen und der Ausfuhr von Weizen, die etwa den 5. Teil der Einfuhr ausmachte, hatten wir im Jahre 1913 einen Einfuhrüberschuss von 1,4 Millionen Tonnen Brotpreise. Die uns jetzt in Aussicht gestellten 200 000 Tonnen bedeuten, mitin nur den siebenten Teil der Jahresausfuhr vor dem Kriege. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1913 ebenso wie in den vorangegangenen Jahren eine ungewöhnlich gute Ernte hatten. Unser Brotpreisbedarf war infolgedessen verhältnismäßig gering. Wenn also unserer Volksernährung eine durchgängige Hilfe geleistet werden soll, dann bedarf es im Laufe dieses Wirtschaftsjahres noch weit größeres Mengen an Brotpreisen. Ferner sind uns 70 000 Tonnen Schweinefleisch in Aussicht gestellt. Hier ist ein Vergleich mit der Friedensepoche kaum möglich, weil Deutschland in normalen Zeiten den überwiegenden Teil seines Bedarfs an Fleisch aus der eigenen Viehhaltung deckt. Im Jahre 1913 wurden rund 21 000 Tonnen Schweinefleisch und 32 000 Tonnen Rindfleisch eingeführt. Die in Aussicht stehenden 70 000 Tonnen Fleisch würden mitin unsere Einfuhr im Jahre 1913 um 17 000 Tonnen überschreiten.

Basel, 23. Januar. (Eig. Drahlbericht.) "Times" meldet aus Paris: Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland ist beschlossen. Vorher ist aber die Erfüllung gewisser Sicherheiten gegenüber den Alliierten von Deutschland zu fordern. Über die Art dieser Sicherheiten geben die Beratungen in Paris weiter. Die erste Bedingung ist die unabdingbare Sperrung der deutschen Grenze gegen das belgisch-nordische Ruhrgebiet.

Basel, 23. Januar. (Eig. Drahlbericht.) "Morning Post" meldet aus Paris: Auf Vorschlag Wilsons ist eine Kommission gebildet, die in der nächsten Woche die deutschen Großstädte besuchen will. Die bisherigen Auffassungen der Alliierten haben kein eindeutiges Bild des von Deutschland benötigten Lebensmittelbedarfs ergeben.

Zusammengezogen hatte. Es ist jetzt festgestellt, daß in der Nacht auf Dienstag die Sicherheitsmannschaften mehrere Tote bei den Gefechten mit den Spartakiden verloren haben.

### Die Bremer Arzte und Apotheker drohen mit dem Streik

Bremen, 23. Januar. (Drahlbericht.) Die Ärzte Bremens, einschließlich der in öffentlichen und privaten Anstalten sowie in Lazaretten beschäftigten, haben beschlossen, ihre Tätigkeit einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen, Gas, Elektrizität oder Wasser in gefährdender Weise unterbrochen wird oder von der Regierung aus politischen Gründen Verhaftungen Bremers angeordnet oder zugelassen werden. Die Mitglieder des Vereins der Bremer Apotheken haben gleichfalls einstimmig den Beschuß gefaßt, im Falle eines Streikes der Ärzte ihre Apotheken für jeden Verkehr zu schließen.

### Spartakus rächt sich

Elberfeld, 23. Januar. (Drahlbericht.) Durch einen Zug bewaffneter Spartakiden, denen offenbar der gute Wahlauftakt der Liste Koch mißfallen hatte, wurde gestern gegen das Wahlbüro der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ein Gewaltschlag verübt. Die Lokale wurden besetzt und das gesamte Wahlmaterial vernichtet.

### Liebknecht-Demonstrationen

Danzig, 23. Januar. (Drahlbericht.) Hier ist heute der Generalstreik als Protest gegen die "Ermodung" Liebknechts und Rosa Luxemburgs proklamiert worden. Die Betriebe stehen still, alle Geschäfte sind geschlossen.

Elberfeld, 23. Januar. (Drahlbericht.) Die Spartakiden beschlossen, beim Arbeiterrat von Bremen die Umlaufung der Allee in Karl-Liebknecht-Straße und beim Arbeiterrat in Elberfeld die Umlaufung der Königstraße in Rosa-Luxemburg-Straße zu erwirken. Ferner soll der Kaiserplatz in Bremen zu Ehren des Bremers Arbeiterdichters Bernhard Möller, der bei den letzten Kämpfen in Berlin gefallen ist, umgestaltet werden.

Mülheim (Ruhr), 23. Januar. (Drahlbericht.) Die sozialistisch-kommunistische Partei veranstaltete aus Anlaß des Todes Liebknechts und Rosa Luxemburgs eine Demonstrationssitzung und einen Demonstrationzug. Vom Rathausbalkon herab wurden Reden gehalten. Die Kundgebung verlief in ruhiger Weise.

### Zur Stadtverordnetenwahl

Von  
Justizrat Dr. C. Jandt.

Nun ist das Bild der Nationalwahl in der Haupstadt geblümt und eingemahlen vertraut; so kann sich jetzt die Aufmerksamkeit ungeleitet zu der Gemeindewahl wenden, die inzwischen sehr nahe gerückt ist. Auch hier geht es um Großes. Auch das neue Kollegium wird wichtige verfassungsgesetzliche Aufgaben zu erfüllen haben. Wenn die staatliche Gesetzesmaschine erst wieder in Gang gebracht sein wird, dann werden die Gesetze zur Neuordnung wie die Pille aus der Erde schießen und die Gemeinden werden die Neuordnung ihrerseits ortsgesetzlich vollziehen müssen. Die bösen Juristen werden sich beliebt machen können. Wer das Stadtverordnetenkollegium als "reine Verwaltungskörperhaft" bezeichnet, irrt sich.

Es geht um die Festlegung der Grundlagen des Gemeindelebens. Es wird unendlich viel darauf ankommen, in welchen Geiste an die Arbeit herangestellt wird. Soll es der Geist des linken Flügels der Sozialdemokratie sein? Das kann verhindert werden. Insofern machen bei der Wahl am 19. Januar an Fleisch aus der eigenen Viehhaltung deutlich. Im Jahre 1913 wurden rund 21 000 Tonnen Schweinefleisch und 32 000 Tonnen Rindfleisch eingeführt. Die in Aussicht stehenden 70 000 Tonnen Fleisch würden mitin unsere Einfuhr im Jahre 1913 um 17 000 Tonnen überschreiten. Ferner sind uns 70 000 Tonnen Schweinefleisch in Aussicht gestellt. Hier ist ein Vergleich mit der Friedensepoche kaum möglich, weil Deutschland in normalen Zeiten den überwiegenden Teil seines Bedarfs an Fleisch aus der eigenen Viehhaltung deckt. Im Jahre 1913 wurden rund 21 000 Tonnen Schweinefleisch und 32 000 Tonnen Rindfleisch eingeführt. Die in Aussicht stehenden 70 000 Tonnen Fleisch würden mitin unsere Einfuhr im Jahre 1913 um 17 000 Tonnen überschreiten.

Basel, 23. Januar. (Eig. Drahlbericht.) Für die Wahl am 20. Januar möchte sich das Verhältnis der Bürgerlichen noch etwas günstiger gestalten, denn zur Stadtverordnetenwahl ist der wesentliche Wohnsitz des Wählers in Leipzig erforderlich, so daß also die vorübergehend Anwesenden, deren Zahl sich auf etwa 40 000 belief, für diese Wahl ausspielen. Immerhin wird es zur absoluten Mehrheit der Bürgerlichen Stimmen nicht kommen und das Jüngste an der Wage im Kollegium werden die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei sein.

Aber auch dieses „zweifelhafte“ Ergebnis kann nur erreicht werden, wenn die bürgerlichen Wählerinnen und Wähler restlos ihre Pflicht tun. Die Wahlzahlen vom 19. Januar beweisen, daß der Ruf der D. D. P. an die Wählernchaft der richtige war. Der Erfolg wird werbende Kraft ausüben und der Partei noch manchen Schwankenden zuwenden. Es muß aber erwartet werden, daß nun auch jeder Demokrat die politische Schulung beweist, den Wahlzettel seiner Partei zu seiner Stimme zu machen. Sichsplittierung schwächt die Stärke der Partei. Der vom wirtschaftlichen Bürger-Wahlhauswahl geprägte Schluß, daß die Politik von der Stadtverordnetenwahl zu trennen sei, ist unrichtig und verwirrend. Es ist ein Überbleibsel aus dem begrabenem Dreiklassenwahlrecht. Die neue Zeit, nicht die von heute allein, sondern die Entwicklung greift viel weiter zurück, hat uns alle umgewandelt, es hat dem deutschen Volke politische Orientierung gegeben. Die macht auch nicht halt von dem Stadtverordnetensaal. Unsere großen Gemeinwesen sind die wichtigsten Bestandteile des Staates, ihr Wohl fällt mit dem Wohle des Staates zusammen, und durch das Recht der Selbstverwaltung sind dem Gemeinwesen Staatsaufgaben in die Hände gelegt. Solche Aufgaben sind aber nicht zu lösen, ohne daß grundähnliche, große politische Linien festgelegt und eingehalten werden. Werden die Wählern nach den wirtschaftlichen Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen abgestellt, so werden kleinliche Interessenkämpfe in die Verhandlungen hineingetragen, die einheitliche politische Linie wird aufgelöst und das, was hervorgeht, sind willkürliche, häufig wechselnde, der Stetigkeit entbehrende Ergebnisse. Nicht zu Unrecht hängt man im Sprachgebrauch der Bezeichnung der hauptsächlichen Beratungsgesetze das Wort „Politik“ an; man spricht von Wohnungspolitik, Verkehrs-politik, Mittelstandspolitik und Bergbau-politik. Man kann an solche Fragen von dem verschiedensten politischen Standpunkten herantreten, gewiß, aber man wird nie darum herumkommen, sich allgemeine Grundlagen der Beurteilung aus seiner Politik, die man vertreibt, zu schaffen. Wer es nicht tut, der arbeitet dilettantisch. Es bleibt ein weiterer Spielraum auch innerhalb dieser Grenzen für die individuelle Auslösung und Behandlung der Dinge.

Doch nicht die Politik an sich Gegenstand der Verhandlungen sein darf, nicht der Stadtverordnetensaal die Stätte ist, um politische Propaganda zu treiben, ist selbstverständlich. Einzelne Extraportionen wird man hinnehmen müssen, aber erfahrungsgemäß zwinge die Fülle des zu bewältigenden Arbeitsstoffes immer wieder von selbst zu sachlicher Arbeit.

Bei dieser sachlichen Arbeit ist auch für den Politiker weiter selbstverständliche, doch letzten Endes das Wohl der Stadt über die Parteipolitik geht. Nur liegt in dem Sache der Denkschreiber, ob es sich um a priori gegenseitige Begriffe handelt. Das be-

## Misglückter Putsch gegen das Hamburger Stadthaus

### Schlechtereien von den Dächern.

Hamburg, 23. Januar. (Eig. Drahlbericht.) Gestern nachmittag kam es vor dem Gewerkschaftshaus in Hamburg während der Sitzung des Großen Arbeiterrats zu Zuläufen der von Spartakiden aufgesuchten Arbeitssäle, die vom Arbeiterrat verlangten, daß die Maschinengewehre, die zum Schutz des Hauses aufgestellt waren, und ein Sicherheitskonto entfernt werden. Als das Auto abfuhr, wurde es von der Menschenmenge gesäumt. Um 11 Uhr abends versuchten die Spartakiden einen Putsch gegen das Stadthaus, das Hauptquartier des Sicherheitsdienstes, sie wurden jedoch zurückgewiesen. An verschiedenen Teilen der inneren Stadt schlugen sie sich auf den Dächern fest und unterhielten von dort aus ein lebhaftes Feuer. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es heißt, daß 4000 bolschewistische Matrosen aus Cuxhaven zur Unterstützung der Auführer nach Hamburg unterwegs seien. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um ihre Annäherung auch von der Seeseite zu verhindern. Das Publikum darf von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens die Straßen nicht betreten. Alle Lokale werden um 7 Uhr abends geschlossen.

Hamburg, 23. Januar. (Drahlbericht.) Gegen 8 Uhr abends waren die gestürmten Wachlokale 6, 7 und 8 wieder zurück. Die Demonstranten haben sie mit Gewalt in der Landesberatung festgesetzt und wollen dort ihr Hauptquartier einrichten. Gestern gegen Abend kam es auch am Hauptbahnhof und in der Gegend des Hafens zu Schlechtereien, die von den Spartakiden veranlaßt waren. Der militärische Sicherheitsdienst, der etwa 3000 Mann Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat, beobachtigt, mit aller Sorgfalt weitere Krawalle zu erschrecken, um Vorherrschaft wie in Berlin zu verhindern. Der Hauptbahnhof wurde vom Infanterie-Regiment 31 besetzt. Ferner sind die Wandsbecker Husaren zur Sicherung des Hauptbahnhofs befohlen worden.

Hamburg, 22. Januar. (Drahlbericht.) Der wegen des Putschversuches in Schüpfhof genommene Redakteur Abter wurde mit den beiden ehemaligen Mitgliedern der Nachrichten-Prefektur des A. und S. Rates Wolf und Freudt heute aus der Schüpfhof entlassen.

### Der Belagerungszustand in Hamburg aufgehoben

Hamburg, 23. Januar. (Eig. Drahlbericht.) Soeben ist der Belagerungszustand in Hamburg aufgehoben worden, nachdem der Soldatenstall 8000 Mann Truppen in Hamburg

Donnerstag, den 23. Januar

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

**Stimmt bei der Stadtverordnetenwahl deutsch-demokratisch!**  
**Liste Jandt-Tegeler.**

freien wir. Damit, daß Kandidaten ihre Zustimmung zu ihrer Ausstellung auf der Liste einer politischen Partei geben, behennen sie sich zu Grundzügen dieser Partei, sie geben kund, von welcher Auffassung der Dinge der sie an die ihrer harrenden Aufgaben herantreten werden. Ihre Entschließung im einzelnen bleibt frei. Das ist echt demokratisch. Die demokratischen Abgeordneten werden sich nicht überreissen lassen in dem Grundsache: „Das Wohl der Stadt über alles.“

## Gegen Weimar

Als Tagungsort für die deutsche Nationalversammlung wendet sich die Demokratische Partei korrespondenz: „Diesen Bezug können wir nur auf das lebhafte bedauern. Die deutsche Nationalversammlung gehört in die Reichshauptstadt, aus all den unerheblichen Gründen, die an dieser Stelle seit Wochen erörtert worden sind. Die Wünsche der jüdischen Regierung in allen Ebenen — wie nichts unseres Großstädten paratieren in einem Augenblick, wo die Ausschaltung Berlins liberal als ein Ergebnis der Schwäche der Steuerung der Reichsregierung empfunden werden muß. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich noch in leichter Stunde die Möglichkeit eröffne, den Beschluss der Reichsregierung wieder rückgängig zu machen.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ sagt: „Werde tatsächlich eine deutsche Mittelstadt vor Berlin den Vorsitz erhalten, so wäre das sehr bedauerlich. Es handelt sich dabei nicht um die Frage, ob die Reichshauptstadt sich unbedingt gemacht hat, und ob der Aufzug von Berlin“ irgendwie berechtigt ist. Es handelt sich um eine Frage viel größerer Tragweite, wie kann erträglich wird, wenn man die Gründe prüft, die gegen Berlin anschlägt werden. Es wird es mit behauptet, in Berlin sei für die Nationalversammlung kein genugend freier Boden. Erklärt man dieser Bewegung Rechnung, so heißt das mit anderen Worten, daß die Regierung nicht mehr in der Nationalversammlung in Berlin zu schaffen. Die Schlaflosigkeit umgibt jedermann, besonders im Ausland, dass es ziehen will, wegen auf der Hand. Der andere Einwand bestätigt die Absicht der jüdischen Staaten gegen die norddeutsche Zentrale des Reichs. Erst dann würden Wünsche Realisierung, so macht man den Partikularismus ein Jugejädrus, das verhindert nachahmen wird. Wenn wenn die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammenfällt, so ist das der erste Schritt zur Segregation des Reichshauptstadts, denn weitere folgen müssen. Mit dem Verzicht auf die unbekannte Reichszentrale wird aber auch der deutsche Einheitsgedanke zweitelleslos bestätigt werden. Alles, was am praktischen Gründen für die Verlegung der Nationalversammlung in Berlin spricht, trifft später diesen grundsätzlichen Erwägungen zurück.“

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik bestätigt am 22. Januar zwei Entwürfen ab. Über den Vorschlag der Volkssozialisten, die Nationalversammlung in Weimar legen zu lassen, wurde längere Zeit beraten. Der Vorschlag ist nach Meinung des Zentralrates von seiner Zustimmung abhängig und es wurde beschlossen: Der Zentralrat erhebt Einspruch gegen die Festsetzung des Tagungsortes für die Nationalversammlung, ohne daß dem Zentralrat Gelegenheit zur Mitberatung gegeben worden ist.

## Reichsregierung und Auslieferung Wilhelm II.

Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Entente tatsächlich ihre Absicht durchsetzen zu wollen scheint, den früheren Kaiser Wilhelm strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Anlässlich dieser Drohungen stellt die „Kreuzzeitung“ an die Regierung die offene Frage, ob sie allem geltenden deutschem Internationalen Recht zum Trotz einen deutschen Staatsbürgern unseren Feinden zur Aburteilung wegen politischer Vergehen ausliefern will. Wie eine Nachrichtensolle zu wissen glaubt, berichtet in den Kreisen der Regierung die Meinung, daß der Kaiser — wenn er überhaupt zur Verantwortung gezogen werden sollte — nur einem regelrechten deutschen Gericht überlassen werden kann. Da der Kaiser jedoch aus eigenem Entschluß seinen Aufenthalt im Ausland gewählt hat, stehen ihm nur beschränkte Möglichkeiten zur Verfügung, einer etwaigen Auslieferung Wilhelms II. seitens Holländers entgegenzutreten. Irrgendeine offizielle Antwort auf diese offene Frage der deutsch-nationalen Zeitung wird die Regierung daher kaum geben.

## Die Deutsche Demokratische Partei und die Nationalversammlung

Der Deutschen demokratischen Fraktion werden in der Nationalversammlung ferner angehören: Prof. Dr. Walter Schädeling, Senat u. Rat Petersen, Oberbürgermeister Koehn-Kassel, Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt a. M., besslicher Staatsminister Henrich, Oberbürgermeister Pohlmann-Kassel, besslicher Minister A. D. Nitschke, Staatschreiber a. D. Dr. Dernburg, Schreiberleiter Rauschke, Redakteur Wilhelm Helle, Landwirt Theodor Tannen, Landgerichtsrichter Brodau, Justizrat Ludwig-Ehrt, Kaufmann Bader-Landsberg, Dr. Hesse-Magdeburg, Dr. Waldorf-Münster, Akademieprofessor Alfred Herrmann-Posen, Justizrat Baerwald-

Bromberg, Justizrat Lippmann-Stettin, Landgerichtsdirektor Dellaus, Vorsteher des Hfb-Dandier'schen Gewerksvereins Gust. Hartmann, vereinsleiter der Deutschen Beamtenbundes Nemmers, Gewerkschaftsleiter Siegler-Siegen, Gewerkschaftsleiter Gräfenz-Hösseldorf, Regierungsschreiber Dr. Heidsiek-Pozen, Geschäftsführer Schmidholz, Stadtvorstehervorsteher Oeh. Justizrat Hellberg-Breslau, Schulrat Weiß-Nürnberg, Landwirt Kirschbaum, Dr. Langheim-Rosenthal, Hauptgeschäftsführer Steinendorff, Rechtsanwalt Dr. Joseph und Privatangestellter Gustav Schneider-Lipsk, Schulrat Dr. Seifert, Kaufmann Oskar Günther, Kaufmann Dr. Ing. Philipp Wieland-Ulm, Wachhorst der Wente, Handwerkshammerhändler Hermann-Nellingen, Handelskammerpräsident Engelhardt, Verbandsleiter Dr. Verhoeven, Landrat Richard Franke, Beamter Christian Koch und Gewerbebetreiber Johannes Wall. Außerdem ein Anzahl weiterer Abgeordneter. (E. d. c.)

## Das Wahlergebnis der Deutschen Volkspartei

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt die Kandidaten der Deutschen Volkspartei zusammen, die als gewählt anzusehen sind, unter Vorbehalt nachträglicher Bestätigung: Graf zu Dohna (Dresden), Professor Dr. Kahl (Berlin), Stadtkonsulent Dr. Matthes (14. Potsdam 1-9), Professor Dr. Kahl (Potsdam 10, Telgte-Nienburg-Charlottenburg), Dr. Mittelmann (7 Pommern), Pfleiderer Neustadt (8 Posen), Schulrat Beutermann (Posen), Prinzessin Prinzessin Ruth (14 Schleswig-Holstein), Dr. Siefemann (15. Nordrhein-Ostwestfalen), Hofbäcker Ostheide (16 Hannover, Braunschweig), Dr. Hugo (17. Minden, Oldenburg, beide Lippe), Bergmann Winneshof (18. Arnsberg), Generaldirektor Vogler (Arnsberg), Geheimer Professor Dr. Richter (19. Hessen-Nahe), Geheimer Professor Dr. Weidmann (20. Köln, Bonn), Rechtsanwalt Kemper (22. Düsseldorf 1-8), Oberbürgermeister Dr. Möhl (23. Düsseldorf 6-12), Gewerkschaftsführer Ouliffe (Düsseldorf), Oberbürgermeister Weinhöfel (26. Franken), Staatsminister Dr. Heinrich (28. Sachsen 1-9), Finanzminister Dr. Becker (34. Hessen), Handwerkshammermitglied Williböck (37. Hamburg, Bremen, Stade).

## Frühere Reichstagsabgeordnete

### in der Nationalversammlung

Bei der Deutschen demokratischen Partei u. a.: Dr. Albin Vierthaler, Dr. Blaich, Dr. Böhm, Dr. Buckhoff, Dietrich, Dr. Hölscher, Gothein, Dr. Haas, Haussman, Koch, Dr. Naumann, Dr. Neumann-Hoser, Dr. Pochnick, Freiherr v. Richthofen, Staatssekretär Schäfer, Siebert, Siedow, Dr. Waldestein, Weinhausen, Dr. Wendt.

Bei der Deutschen Volkspartei u. a.:

Eduard (Bomberg), Leeb, Graf Posadowitz, v. Campe, v. Graefe, Bruns, Behrens.

Bei der Deutschen Volkspartei u. a.:

Schlemann, Richter, Dr. Becker.

Bei den Sozialdemokraten u. a.:

Hilcher, Ebert, Scheidemann, Winnig, Bauer, Davidsohn, Landsberg, Wolfgang Heine, Legien, Hoel, Dr. Oskar, Hoch, Simon, Dr. Gräfin.

Bei den Unabhängigen u. a.:

Hoche, Geppert, Baum, Cohn, Henke.

## Weibliche Mitglieder:

Deutsche demokratische Partei:

Fr. Katharina Roth, Fr. Else Ehre, Fr. Baum, Gertrud Werner.

Christlich-demokratische Partei:

Frau Grunau, Frau Neuhaus, Fr. Schmidt, Helene Weber, Marie Zeitler.

Deutsch-nationalen Volkspartei:

Fr. Adele Schlemmer, Anna Treub, Anna v. Gierka.

Mehrheitssozialdemokratie:

Wilhelmine Kohler, Anna Simon, Marie Jacob, Frau Rose, Else Höft, Frieda Henke, Fr. Schröder, Frau Schuh, Frau Leisch, Frau Röhl, Fr. Müll, Minna Edder.

Unabhängige:

Luisa Sieb, Frau Agnes, Frau Drechsler.

## Unzulässige Wahlagitation

Von der sozialdemokratischen Regierungspartei ist am Tage vor der Wahl in Berlin unzulässige Wahlagitation getrieben worden. Durch die Straßen fuhren jedoch Autos, das erste mit einer Musikkapelle besetzt. Diese Autos, die durch Inserat als Eigentum der Willkürkommunisten gekennzeichnet waren, waren mit Soldaten gefüllt. Sie hielten wiederholt an, worauf die Soldaten für die Wahl der sozialdemokratischen Liste Scheidemann Sprach- und Flugblätter verteilt. Die Verteilung von Herausmaterial für eine Parteiauswahl ist unzulässig. Die militärischen Autos sind von dem Gelde der Allgemeinheit angeschafft, die Unterhaltung der Autos wird wieder aus allgemeinen Mitteln getragen. Wie hätte die Sozialdemokratie geurteilt, wenn es den Konkurrenten in früheren Zeiten eingefallen wäre, solche Wahlagitationen zu treiben, und wenn die Heeresverwaltung diesen Missbrauch von Staatsgut erlaubt hätte?

\* Konferenz der Wirtschaftsverbände zum Friedensschluß, die in Berlin am 28. Januar im Reichstagsgebäude stattfinden sollte, muß zum größten Bedauern aller Beteiligten nochmals um einige Tage verschoben werden. Der endgültige Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

## Volkskirche und Religionsunterricht

Von

Schuldirektor Oswald Pashkow, Leipzig.

Zu den schweren Fragen, welche die Gegenwart uns stellt, gehören die über Religion, Kirche und Schule. Sie sind keineswegs erst durch die höheren Verhältnisse angeworfen worden; sie ließen längst auf der Seele der Christlichen und Gewissenshaften. Aber erst die Wucht der politischen Umgestaltung führt uns unmittelbar — oder erwartet oder unerwartet — vor die Dringlichkeit des Problems.

Trennung von Staat und Kirche! Von unsrern ersten Geistern längst gefordert, ist sie den einen die Gefahr wirtschaftlicher Unsicherheit, die wir beobachten wollen, den andern ein Alt der Verzweiflung aus Unmündigkeit und Hörgleich der Kirche. Die wirkliche Freiheit ist damit für einen jeden Christenmenschen erst gewährleistet, die ech protestantische Freiheit eigener Entscheidung. Die großmenschlichkeit der religiösen Bedürfnisse sind in der festen und erhabten Form der Staatskirche keine gleichmäßige Versicherung. So ist es nur zu verständlich, daß die Massen der Kirche entzweit wurden, die Massen der politisch Unchristlichen, weil die Kirche — nach ihrer Meinung wenigstens — die Interessen des bekämpften Staates vertrat. Die Massen der Geblüdeten, weil ihnen die Anerkennung von Schülern zugesprochen wurde, die sie nach ihrer ganzen geistigen Führung durch Wissenschaft und Philosophie nicht mehr zugeschrieben konnten. So verlor das Leben der Kirche. Wenn sie jetzt das Volk mobil macht, so mag sie sich über den Angenähnlicher nicht klagen. Er kann zu einem dauernden werden, wenn die Kirche zu den Aufruhen auch die inneren Wandlungen führt, wenn sie endlich die Aufgabe verwirklicht und den Mut dazu findet, den Protestantismus nach den von Anfang in ihm liegenden Grundsätzen rein durchzuführen: die Ablehnung jeder Verpflichtung auf ein formelles, offizielles Bekennen und die Aufnahme aller, die religiöses Bedürfnis dazu bringt, in diese neue, weite Kirche als vollberechtigte und vollwertige Gläubiger. Dieses Prinzip, persönlicher Religionsfreiheit in sich, daß jeder einzelne nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht eigener Entscheidung hat.

Welches sind nun die Tugend dieser neu protestantischen Bewegung? Das sind die, für welche die Kirche da ist, die Tugend. Sie müssen ihre Gleichmächtigkeit gegen die Kirche aufzeigen, sie müssen als Werkleute mit Hand anlegen, den Umlauf zu vollziehen. Ansatz es doch sonst gar leicht gelingen, daß sie in alter Form bestehen bleibt — nichts geschieht und nichts vergessen —, und die alte Gleichmächtigkeit stände wieder ihre Rechtfertigung. Auch um diese wichtigsten inneren Dinge handelt es sich jetzt: die Stunde ist da! Wird unter Volk in seinen breiten Schichten sie erkennen? Wird der Individualismus unserer inneren Hoffnung die kirchliche Anerkennung finden, wird er damit zur Gemeinschaft zurückkehren können und ihm so der Grund zu trostiger Selbst-

befähigung genommen werden? So steht die Kirche heute vor wichtiger Entscheidung. Es steht die Kirche heute vor wichtiger Entscheidung, ob sie alle Wohnungen auch im kirchlichen Hause unseres Vaters einzurichten, um allen Raum zu gönnen, die dinen wollen. Sie klopfen an!

Von hier aus erhebt sich in ganzer Schwere das Problem des Religionsunterrichts. Wir wünschen, daß er der Schule erhalten bleibt; denn eine fiktive Unterweisung und Erziehung muß für das Kind auch von Staats wegen gefordert werden. Dieser ausschließliche Moralunterricht — man denkt immer an kindliche Fassungsweise — unterliegt sehr stark der Gefahr der Dode und Langeweile. Es fehlen ihm vor allem die Ideale, deren unerlässliche erzieherische Bedeutung in ihrer Anschaulichkeit liegt und die der didaktischen Geschicklichkeit der Kinder vor die Seele stellen. Wenn auch auf der Höhe der geistigen Entwicklung die Moral als mündig gewordene Tochter von der Religion entlassen wurde, so wiederholt sich hier in der Entwicklung des Einzelnen die der Raifer. Untere erzieherische fiktive Einwirkung auf das Kind kann der religiösen Erziehung nicht entbehren.

Aber noch mehr! Das religiöse Bedürfnis ist ein allgemein menschliches. Wer sich eingehendiert fühlt in den Weltall, den er nicht überwindet und nicht bedenkt, wer sich abdigig fühlt von einer über ihm waltenden Macht, nem nicht auch ein leichter Rest idealer Sinnes vorhanden oder unenlöslich blieb, der kommt als Autonomist in legendiner Form zur Religion. Und wenn es für die Schule der Zukunft eine Selbstverständlichkeit Auseklapp ist, den ganzen Menschen zu bilden, so kann sie auch für religiöse Unterweisung sorgen. Also nicht von der Kirche aus, sondern vom Staate wegen! Nur so kann auch diesem Unterricht die Freiheit gewahrt werden, die die Schule wünscht und braucht.

Wer soll diesen Unterricht erteilen? Die Lehrer. Sie sind aber nicht mehr dazu verpflichtet, sie ihn ablehnen. Wenn aus Lehrerkreisen missliche Urteile und Anklagen gegen den Religionsunterricht gefallen sind, so handelt es sich eben um den bisherigen Unterricht, der wohl Unkindes behandelte might, der mit dem Dolos der Überzeugung Schule zu beschreiben und einzuprägen zwang, gegen die das Wahrheitsbedürfnis der Lehrer sich auflehnt, welche die religiöse Wertigkeit vieler anderer Dinge, die ihnen vorgezeichnet waren, erkennen mußten. Wenn das Unkindliche und das überwundene Dogmatique — nur das — fällt, so bleibt einerseits das religiöse Wertvolle an Unterrichts- und Vermögen noch genug übrig, so daß man seine Bedenken wohl zurückstellen kann, und andererseits würde die Lehrerschaft in ihrer großen Mehrheit mit Freuden bereit sein, diesen Unterricht in der hier angedrohten Form zu erhalten. Ja, wie er schon jetzt — trotz obiger — vielen der Lehrer an den Herzen hängt.

Wie die geistige Freiheit die Freiheit und die Verantwortlichkeit befreit, so wird diese neue Form des Religionsunterrichts die Schule

## Die wirtschaftliche Krise verschärfst sich

Berlin, 23. Januar. (Drucksbericht) Einem Mitarbeiter des Vorwärts wird an einer Stelle mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Situation sich verschärft hat. Der Mittelpunkt der Krise ist die Kohlenkrise. Obwohl der Streik bei den südlichen Elektroanlagen die Kohlenversorgung etwas gestoppt hat, droht doch in wenigen Tagen eine völlige Stilllegung nicht nur dieses Betriebes, sondern auch aller anderen auf Braunkohle angewiesenen Betriebe. Die Krise droht gleichzeitig in den Bergwerken zu eindringen, sogar in den Bergwerken hierfür sind in den zahlreichen wilden Streiks und den lokalen Sozialversicherungsanstalten in den Bergwerken zu suchen.

In Nahrevelier ist gestern, wie verschiedene Blätter melden, die Zahl der streikenden Bergleute auf annähernd 8000 gestiegen. Ausland sind noch Belegschaften von 12 Jahren, während auf sieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Breslau, 23. Januar. (Drucksbericht) Die Streiklage in Oberschlesien bessert sich. Seit Dienstag abend ist der Streik beendet anzusehen. Die Arbeiter sind durch die Sozialisierung überrascht worden. Der Vertrag stand soll über ganz Oberschlesien verbindlich werden. Dies hängt jedoch nicht mit der Frage des Generalstreikes, sondern mit rein politischen Gefahren, den Lösungsbemühungen und der Polizeiwilhelmsfahrt zusammen.

Im Vorwärts heißt es: Selbstverständlich zwinge die rasch zunehmende Teuerung die Arbeiter und Angehörigen zu immer neuen Ausgleichsforderungen. Aber wo soll es hin führen, wenn die Arbeiter eines für die Gesellschaft notwendigen Produktionszweiges die Rückstufe auf die Gesellschaft einsach beisteht?

## Erweiterung Sachens auf Kosten Preußens?

### Eine Unterredung mit Gräfinnauer.

Die von dem neu ernannten sächsischen Minister des Innern Dr. Gräfinnauer in der vorigestrigen Sitzung des sächsischen Landestages der A- und S.-Räte gemachten Andeutungen über geplante Erweiterungen des ehemaligen Königreichs Sachsen auf Kosten Preußens, haben dem Dresden Vertreter des Ver. Loge 1861 Veranlassung gegeben, Minister Gräfinnauer um eine nähere Darlegung seiner Ansichten zu bitten. Herr Dr. Gräfinnauer hat darauf in einer längeren Unterredung folgendes erklärt:

„Ich bin der Meinung, daß Sachsen in seiner heutigen Gestalt überholter und überholteszialisiert ist. Die Kriegszeit besonders hat gezeigt, daß unzureichende Landwirtschaft außerordentlich Nachteile für die Gesamtbevölkerung verursacht. Es ist aus diesen wirtschaftlichen Gründen zu erwarten, ob nicht einige, dem bisherigen Königreiche Sachsen vorgelegte preußische Gebiete mit größerer Forst- und Landwirtschaft mit Sachsen vereinigt werden können, z. B. das Gebiet von Merseburg. Eine weitere, ebenso wichtige und schwierige Frage ist, ob nicht für die bisherigen thüringischen Staaten und das ehemalige Königreich Sachsen gleichartige Bedingungen vorliegen, die eine möglichst weitgehende politische und wirtschaftliche Annäherung dieser beiden Gebiete wünschenswert erscheinen lassen. Soweit ich informiert bin, haben damals gerichtete Verhandlungen nicht nur bei der Reichsleitung, sondern auch bei dem in Berlin Beachtung gefunden. Über eine andere Frage, die noch zu klären wäre, ist die, wie sich die preußische Verwaltung zu diesen Plänen stellen wird. Es ist übereinstimmend verständlich“, schloß der Minister, daß alle diese Fragen und Probleme, denen, wie gesagt, lediglich wirtschaftliche Verhältnisse zugrunde liegen, nur durch den Willen der Volksstimmen in den betreffenden Gebietsteilen gelöst werden können, nachdem sie in aller Freundschaft mit dem im Betracht kommenden Stellen beraten worden sind.“

## Wie Hoffmann Abschied nahm

Berlin, 23. Januar. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftsteller) Über den Abschied Adolf Hoffmanns vom Kultusministerium lädt die Berliner Volkszeitung in durchaus glaubwürdiger Weise berichten: Am 2. Januar erschien Hoffmann noch seiner Wiedergenue voller Tatendrang im Ministerium. Man wies ihm darauf hin, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht weiter gewünscht werde. Hoffmann verhielt sich zunächst durchaus höflich, erklärte sich aber nach wiederholtem Zureden schließlich bereit, das Feld zu räumen, wenn man ihm für drei Monate Gehalt zahle. Man sagte ihm zu, daß ihm das Geld in die Wohnung gebracht werde, aber Hoffmann erklärte: „Darauf lasse ich mir nicht in, wenn ich mich in einer halben Stunde mein Bett habe, sollt Ihr mir erleben.“ Das ganze Kultusministerium geriet in Bewegung. Aus allen Räumen wurden die vorhandenen Bestände zusammengetragen. Es gelang wirklich, die 6000 K. aufzuteilen, bis Hoffmann für drei Monate beantragte. Man über



Demnächst erscheint:

# Dr. Heinrich Friedjung Das Zeitalter des Imperialismus

1884-1914

Buchausstattung: Professor Hugo Steiner

2 Bände geschmackvoll gebunden.

Preis jedes Bandes etwa 22 Mark einschließlich Teuerungszuschlag.

Mit diesem Werke übergeht der berühmte Historiker sein Lebenswerk der Öffentlichkeit. Seine persönlichen Verbindungen zu vielen an den Ereignissen beteiligten Staatsmännern — vor dem Kriege auch im Auslande — sind von ganz besonderem Reiz und geben dem Werk authentischen Wert.

In der ihm eigenen klaren und zugleich spannenden Form behandelt der Verfasser die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten 30 Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Jeder Band wird sofort nach Erscheinen geliefert, auf Wunsch auch gegen

## Monatszahlungen von 3 Mark

Da die Auflage nur beschränkt ist und ein Renduck kaum durchführbar, empfiehlt sich frühzeitige Vorausbestellung, welche zu richten ist an die

Buchhandlung Karl Bloch, Berlin SW. 68  
Kochstraße 8. Postleitzettel 20740.

Bestellschein (Mit 5-Pfg.-Marke in offenem Briefumschlag)

Ich bestelle hiermit laut Anzeige im Leipziger Tageblatt bei der Buchhandlung Karl Bloch, Berlin SW. 68, Kochstraße 8;

Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus“ 1884-1914

Band I und II gebunden, je etwa Mk. 22.— einzeln. Teuerungszuschlag. — Betrag ist durch Nachnahme zu erheben — folgt nach Empfang — wird durch Monatszahlungen von 3 Mark beglichen. (Richtgewünschtes Kreuzchen) Erstlieferungsort Berlin.

Ort: Post  
Datum  
Name  
u. Stand

# Angestellte und Handlungs- gehilfen,

weiblich sowie männlich, bei  
der Behörde, im Handel,  
Gewerbe oder Industrie in  
Stellung, geben ihre Stimme  
zur  
Stadtverordnetenwahl  
nur Kandidaten des Bürger-  
tums.

Als Höchstes auf allen  
Gebieten der Stadt dürfen  
nur rein wirtschaftl. Fragen  
in Betracht kommen.

Vollständig frei von jeder  
Parteipolitik und gegen Ver-  
gewaltigung, sowie Diktatur  
einzelner Parteigruppen  
müssen die Kandidaten und  
zukünftigen Stadtverordne-  
ten sein.

Deshalb wählt mit

Liste  
**Heinze-Polster**

## Öffentlicher Verkauf von Restbeständen der Kriegsleiter-Altien- gesellschaft am Leipziger Sammellager.

Zum Verkauf werden gestellt:

1. etwa 500 Nachtpelze,
2. etwa 18 000 pelzgefütterte Tropen und Mäntel.

**Beschreibung der unter 2. genannten Ware:**  
Es handelt sich um Herstellungsfähige in normalen Männergrößen, die wirtschaftlich für unmittelbare und mittelbare Heeresbedarf bestimmt werden müssen. Die Größe (Weißfuchsmarke) sind verschiedenfarbig, wie Jaspas, dunkelflau, braun-grau-grün usw. Die Fütterung besteht teils aus Stückenfutter, vorwiegend jedoch aus ganzen Fellen.

Zum Verkauf gelangen u. a. etwa

Stück 1000 Jassen und Mäntel mit Fanninfutter  
und kleinere Mengen mit Futter aus Utronion, Murmel, Opulum, Mufflon, Hase,  
Wallaby, Siegen, Blau, Fasan, Leder, Busch, Schuppen.

**Lagerplatz:** Leipzig im Sammellager der Kriegsleiter-Altien-gesellschaft, auf  
dem Gelände der Buna, Leipziger Straße (Hafenteile der Straßenbahnen P (vor  
Dampfbahnhof) und B).

**Die Besichtigung** ist den Interessenten vom 27. Januar bis 4. Februar 1919  
einschließlich von 8,-11,- und 1-4 Uhr gestattet.

**Verkaufsbedingungen:** 1. Die Ware ist in einzelne Lose von durchschnittlich  
je 20 Stück eingetellt. Die Lose können beliebig bestellt werden; die Kriegsleiter-  
Altien-gesellschaft behält sich den Rückzug, auch für Teile des Angebotes, nach ihrem  
Ermessen vor.

2. Die Kosten müssen übernommen werden wie sie lagern, Bezeichnung  
noch Gehalt der Ware (auch über Sortiment, Menge usw.) werden nicht berücksichtigt,  
da an den Besichtigungstagen den Interessenten Gelegenheit gegeben ist, die  
Ware nach Belieben in Abgängen zu nehmen.

3. Die Überlieferung erfolgt auf Weisung des Käufers entweder in Säcken oder in  
Vällern (Papiertaschen). Das Verpackungsmaterial wird zum Selbstkostenpreis in Menge  
gestellt und mit Rücksicht auf die Verkehrsdurchwirksamkeit nicht zurückgenommen.

4. Die Bezahlung hat ohne jeglichen Abzug innerhalb dreier Tage nach Erhalt  
der Bestellung und vor Abnahme der Ware zu erfolgen. Die Rücknahmeabfahrt dieser  
Zeit berücksichtigt die Kriegsleiter-Altien-gesellschaft entweder vom Vertrag zurückerlaubten  
oder Schadensfall wegen Nichtlieferung zu verlangen. Bis zur Hälfte des Rückschlages  
betragt es auf M. 100,- hundertprozentiges Summen können Kriegsleiter-  
Altien-gesellschaft belastet werden. Sie werden zum Vermögen unter Berücksichtigung  
der aufgelaufenen Kosten in Zahlung genommen. Die restliche Hälfte muss in der be-  
gleitenden Urkunde vermerkt werden.

5. Zahlungen dem Lieferanten von Kriegsleiter-Altien-gesellschaft bitten wir für Rechnung der  
Kriegsleiter-Altien-gesellschaft, Abteilung Ober-Altien, bei der Commerz- und Dis-  
conto-Bank, Berlin, über der Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin, vornehmen  
zu lassen.

6. Angebote sind unter eingeschriebenen Umschlag mit der Zeitschrift  
„Schrifreibung“ schriftlich abzugeben und müssen bis spätestens Montag, den  
10. Februar 1919, abends, in den Händen der Kriegsleiter-Altien-gesellschaft, Berlin,  
Gudapeststraße 11/12, sein.

7. Die Gebote sind für jedes Los getrennt abzugeben und zwar in der Weise,  
dass auf dem dafür zur Verfügung gestellten Verordnug angegeben wird, wieviel Reichs-  
mark jene Angebote für die Einheit (also das Stück) geboten werden.  
Werden andere lautende Gebote abzugeben, so werden lediglich die Marktbedingungen berücksichtigt. Diese Gebote laufen alle unter Umständen Gefahr auszufallen.

Die Kriegsleiter-Altien-gesellschaft behält sich vor, von den Bietern zur Sicher-  
stellung der abgegebenen Gebote eine Ration einzulösen.

8. Sofern Angebote auf Teile von Losen eingehen, bedarf sie die Kriegs-  
leiter-Altien-gesellschaft vor, sie nach Möglichkeit durch Aufstellung von Losen zu  
berücksichtigen.

9. Lieber Annahme oder Ablehnung der eingegangenen Gebote wird den Bietern  
mit möglichster Geschwindigkeit brieflich Mitgeteilt gegeben werden.

10. Wegen aller Streitigkeiten unterwerfen sich beide Parteien dem Gerichtsstande  
des Landgerichts I bzw. des Amtsgerichts Berlin-Mitte zu Berlin.

Stellungsort für Lieferung: Leipzig, für Zahlung: Berlin.

Nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wählen,

hebt nicht Kirchurmpolitik freiben, sondern

## das Stadtparlament frei halten von parteipolitischen Kämpfen.

Jedem Unbefangenen muss es einleuchten, dass dem Wohl der Stadt nicht gedient sein kann, wenn Fragen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art, die die Stadt betreffen, gelöst werden sollen nach den Lehr- und Grundsätzen politischer Parteien, die das Wohl der Partei über jede andere Rücksichtnahme stellen. Gegenüber den Sozialisierungsbemühungen unserer Gegner ist aber ein einheitlicher bürgerlicher Block erforderlich, der nicht durch politisches Parteizeitung zur Ohnmacht verdammt werden darf.

Das erkennen auch die einflussvollen Demokraten an, denn unter den Kandidaten, wie unter den Unterzeichnern des Aufrufs des „Wirtschaftlichen Bürger-Wahlaußschusses“ sind überzeugte Mitglieder der Demokratischen Partei in großer Anzahl vertreten.

Also statt viele politisch-zerrissene Gruppen ein geschlossener wirtschaftlicher Block im Stadtverordnetenkollegium auf bürgerlicher Seite! Das muss entscheidend sein für jeden Wähler und jede Wählerin, die das Wohl der Stadt und damit auch das eigene in rechter Weise wahrnehmen wollen!

Darum wählt nur die Liste vom

## „Wirtschaftlichen Bürger-Wahlaußschuss“ Heinze-Polster.

Auch zu unseren Pflichten gehört es, kraftvoll für Ruhe, Ordnung und Sicherstellung von friedlicher Fortentwicklung alles Handels und Gewerbes in unserer Stadt zu sorgen. ::

Darum bitten wir unsere Mitglieder, bei den Stadtverordneten-Wahlen ihre Stimmen den Kandidaten des unpolitischen

**Wirtschaftlichen  
Bürger-Wahlaußschusses**  
zu geben.

Ortsgruppe Leipzig im Verband  
der Vereine ehem. Realschüler  
Deutschlands. E. V. Sitz Leipzig.

### Das Leib-Garde- Husaren-Regiment

stellt ein

### Freiwilligen-Bataillon

(eine Reiter-, eine Masch.-Gew.- und  
eine Schützen-Esk.), auf. Es gilt den

### Schutz der Ostgrenze!

Jeder gediente, waffentüchtige Soldat  
ist willkommen. Jeder werbe für die  
gute Sache bei Bekannten u. Verwandten.

### Bedingungen:

Mobile Löhne nach dem Dienstgrad  
— mindestens 30 Mark monatlich —  
5 Mark Tagesgeld; freie Verpflegung.

### Meldestelle:

Potsdam, Kaserne des Leib-Garde-  
Husaren-Regiments (Regiments-Büro).  
Militärgrenzen mitbringen! Militärfahr-  
schein vom betreffenden Bezirkskom-  
mando nach Potsdam ausstellen lassen.

**von Kückritz,**  
Major und Regiments-Kommandeur.

## Feldgrauer Arbeitskollegen!

Wer unterschreibt Eure Familien regelmäßig?

Wer nahm nach dem Kriege Euch wieder an Euren allen

Arbeitsplätzen auf?

Wer gibt Euch auch heute noch Beschäftigung, ohne selbst

Arbeit zu haben?

Das waren Eure Arbeitgeber, drum gebt ihnen

Eure Stimme bei den Stadtverordneten-Wahlen.

Wählt nur die Kandidaten des

## Wirtschaftlichen Bürger-Wahlaußschusses Liste, Heinze-Polster

Ein dankbarer Feldgrauer.